

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Uhlmann, Riesa. Druckerei: Riesaer Druckerei, Riesa.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer: Dresden 1880. Druckerei: Riesaer Druckerei, Riesa Nr. 22.

Nr. 252.

Mittwoch, 28. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterstellungsbeilage: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götterstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Großer Sieg der nationalen Regierung in England. Starke Wahlbeteiligung. — Keine Unruhen. „Graf Zeppelin“ wieder in der Heimat.

Deutsche Initiative.

Die Beurteilung der Washingtoner Verhandlungen zeigt große Widersprüche. Man kann lesen, Amerika wäre zufrieden, und man kann von französischer Seite erfahren, Laval habe sich geschickt aus der Affäre gezogen. Frankreich habe freie Hand, die europäischen Verhältnisse nach seinem Willen zu gestalten. Man kann in zuständigen deutschen Kreisen hören, immerhin sei das Ergebnis von Washington zu begrüßen, und wiederum Amerika habe sich zurückgezogen und damit Frankreich eine Vormachtstellung eingeräumt, die uns nicht gerade angenehm sein könne. Eines aber bleibt tatsächlich: Deutschland muß sich mit Frankreich auseinandersetzen. Amerika hat wohl ausgelastet, es wolle finanzielle Hilfe nicht verlangen, es werde aber politisch seine Hand rühren. Die europäischen Mächte sollen selbst den Anstoß zu der Lösung der europäischen Krise geben, heißt es offiziell. Mit anderen Worten, verdommetisch ist die französische Presse, man erwarte, daß Deutschland die Initiative ergreift. Worin diese bestehen muß, wird gleichzeitig verraten: Deutschland soll nicht auf die Verhandlungen in der deutsch-französischen Kommission warten, sondern gestützt auf das Young-Abkommen einen Moratoriumsantrag stellen.

„Wären wir“, sagte der Reichskanzler im Reichstage, „der Forderung deutscher Kreise gefolgt, dann würde das Schicksal über uns hereinbrechen sein.“ Das heißt, hätte die Regierung jenerzeit einen Moratoriumsantrag gestellt, sich auf den Young-Plan berufen, dann hätte Deutschland seine Zahlungsunfähigkeit offenbaren müssen, was ein Ruin der Auslandsgläubiger auf deutsche Schuldner zur Folge gehabt hätte. Wir haben auf die große Weste Hoover gewartet und haben uns nicht zahlungsunfähig erklärt. Heute liegen die Dinge anders. Sogar Frankreich erwartet, daß Deutschland von seinen Rechten Gebrauch machen, daß es eine Entscheidung der Reparationsmächte über die Höhe der Reparationszahlungen und vor allem auf ihre Stundung anruft. Tatsächlich liegt heute keine Gefahr mehr vor, wenn wir den vorgeschriebenen Weg gehen. Selbst von maßgebender deutscher Seite ist ja schon erklärt worden, daß wir zu Zahlungen nicht in der Lage seien, wenn das Moratorium ein Ende nehme. Also es steht dem nichts im Wege, wenn wir ein Moratorium beantragen, wenn wir verlangen, daß unsere Zahlungsunfähigkeit befristet wird. Nur die Gefahr liegt vor, daß der im Young-Plan vorgesehene Sachverständigen Ausschuss nicht lediglich die Zahlungsfähigkeit untersucht und ein Moratorium empfiehlt, sondern daß er, wie es die Franzosen verlangen, die Reparationsfrage überhaupt anspricht.

Die Behandlung der Reparationsfrage auf dem vorgeschriebenen normalen Wege (indessen heißt, die Tribute zu bereinigen, denn wenn auch Frankreich vielleicht zu einer Stundung bereit sein sollte, wenn es zur Herabsetzung der Gesamtzahlungen entsprechend einer amerikanischen Schuldenerbegünstigung zu haben ist, es wird die Grundfrage des Young-Planes so verteidigen, wie es Laval in Washington getan hat. Möglich, daß es für Erleichterungen zu haben ist, daß es den Gedanken, der jetzt von französischer Seite wiederholt in den Vordergrund trat, vertritt, Deutschland könne größere Beträge der Reparationen durch Sachlieferungen abdecken. Es bleibt die Tatsache, daß Deutschland weiter Fronarbeit leisten soll und daß sich an dem Versailler Vertrag und der Tributpflicht nichts ändert. Demnach wäre die große Weltdebatte, die in den Reparations- und im Versailler Vertrag die Schuld an der Weltwirtschafts- und Währungsfrage sah, vergeblich gewesen.

Und doch, trotz dieser Aussicht, wird die Berliner Regierung nichts anderes tun können, als nunmehr die Initiative ergreifen. Es muß wenigstens der Versuch gemacht werden, eine Neuorganisation zu finden, denn im Februar läuft das Stillhalteabkommen ab und im Juli ist das Moratorium beendet. Wir können nicht ruhigen Blutes auf eine neue amerikanisch-französische Auseinandersetzung und allein auf die Hilfe anderer Mächte rechnen. Es wird darauf ankommen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen Frankreich die großen Verhandlungen um die Neugestaltung Europas zu führen bereit ist. Das nämlich die Verhandlungen, die sich um das Moratorium und die Reparationsfrage drehen sollen, nicht nur Deutschland berühren, sondern alle europäischen Mächte ein Interesse haben, eine Lösung zu finden, die auch ihren Forderungen entspricht, braucht nicht erst gesagt zu werden. Und daß die Interessen der meisten europäischen Mächte sich mehr den Forderungen Deutschlands angleichen und dem Egoismus der Franzosen zuwider sind, ist eine Tatsache, die keiner weiteren Begründung bedarf. In den kommenden Verhandlungen wird dennoch Frankreich, gestützt auf

London, 28. Oktober.

Während die Menschenmenge in den Straßen auf das Ergebnis der Wahlen zum Unterhaus wartet, wird der König, der anlässlich der Wahlen von Sandringham in die Hauptstadt zurückgekehrt ist, die Wahlergebnisse im Buckingham-Palast bis spät in die Nacht hinein durch Rundfunk erfahren. Die Abgabe der Stimmen vollzog sich unter lebhafter Beteiligung in voller Ruhe und Ordnung und wird wahrscheinlich einen Rekord darstellen.

London, 28. Oktober.

Das erste Wahlergebnis, das bekannt wurde, ergab für den Wahlkreis Hornsey (Middlesex) die Wiederwahl des konservativen Kandidaten. Die konservative Mehrheit stieg von 9511 auf 33 609 Stimmen.

Nach den bis um 23,45 Uhr (MEZ) vorliegenden Ergebnissen sind gewählt worden: Konservative 79, Arbeiterpartei, Gruppe Henderson 6, Liberale aller Richtungen 14, davon Gruppe Simon 8.

Die Konservativen haben bisher 8 Sitze gewonnen und die Arbeiterpartei, Gruppe Henderson, hat bisher 8 Sitze verloren.

Die drei Wahlbezirke von Salford, die bei den letzten Wahlen Arbeiterabgeordnete wählten, haben den Führer der Konservativen gewählt. Der Arbeiterparteiliche Bentiliet wurde in Süd-Salford mit sehr großer Mehrheit geschlagen. In Süd-Salford betrug bei den letzten Wahlen die Mehrheit der Arbeiterpartei 3254 Stimmen, die Konservativen erhielten diesmal eine Mehrheit von 6838 Stimmen.

Die ersten bekanntgewordenen Wahlergebnisse deuten auf einen großen Sieg der „Nationalen Regierung“ hin.

Am eindrucksvollsten ist das Ergebnis in den drei Wahlkreisen von Salford, die im Jahre 1929 den Konservativen von der Arbeiterpartei abgenommen worden waren und jetzt wieder sämtlich zu den Konservativen zurückgekehrt sind. Im Wahlkreis Cheltenham hat sich die Mehrheit des konservativen Sir Preston von 6746 bei den letzten Wahlen auf 17 261 Stimmen erhöht. Die Arbeiterstimmen zeigen hier ebenfalls eine leichte Erhöhung um 345, während die konservativen Stimmen sich um 7245 vermehrten. Zu dem Wahlergebnis von Hornsey ist zu bemerken, daß die Mehrheit des konservativen von 33 609 eine der größten Mehrheiten ist, die jeweils während eines Wahlkampfes in England zu verzeichnen gewesen ist.

Henderson geschlagen.

Der frühere Staatssekretär des Äußeren, Arthur Henderson, der Führer der Oppositionellen Arbeiterpartei, ist in Burnley unterlegen.

London. Im Wahlkreis Burnley hat die Arbeiterpartei eine außergewöhnlich schwere Niederlage erlitten. Der Führer der Partei, Arthur Henderson und vormaliger Staatssekretär des Äußeren, ist, wie gemeldet, von dem konservativen Kandidaten und zwar mit einer Mehrheit von 9200 Stimmen geschlagen worden. Bei der letzten Wahl hatte Henderson eine Mehrheit von 7054 Stimmen erhalten. Die Stimmenzahl verteilt sich wie folgt: Konservativer Campbell erhielt 95 128 Stimmen, Arthur Henderson 26 917 Stimmen und ein kommunistischer Kandidat 513 Stimmen. Konteradmiral Campbell ist der Schöpfer der sogenannten „L-Boot-Balken“, der sogenannten Lu-Boote. Die Liberalen hatten ihren Kandidaten zurückgezogen, um Campbell zu unterstützen.

MacDonald über das Ergebnis der Wahlen.

London. (Funktspruch.) MacDonald erklärte Pressevertretern, die Ergebnisse der Wahlen seien nicht nur überraschend, sondern auch bestürzend. Der Erfolg Thomas und derjenige Sir Herbert Samuels seien erfreulich. Nichts zeige deutlicher, daß es sich dabei um den Sieg der nationalen Regierung und nicht um den Sieg einer politischen Partei handele.

Seine Militärmacht, gestützt auf seinen Goldhort, den Ausschlag zu geben haben.

Wie wir hören, wird die deutsche Regierung nunmehr ungehindert prüfen, in welcher Form sie sich der Bestimmungen des Young-Abkommens bedient. Wahrscheinlich werden, wie uns von maßgebender Seite berichtet wird, zunächst diplomatische deutsch-französische Verhandlungen einleiten, um aus der Vorklärung gewisser Verständnisse zu schaffen.

London. (Funktspruch.) Um 18 Uhr MEZ. Betrag der Stand der Parteien:

- Konservative 229
 - Nationale Sozialisten 5
 - Liberale 27 (davon 14 Simon-Liberale)
 - Oppositionelle Sozialisten 23
 - Kommunisten 0
 - Neue Partei 0
 - Unabhängige 1
- Bisher sind also gewählt 295 Abgeordnete, davon für die Regierung 271, gegen die Regierung 24, Unabhängige 1.

Gewinne und Verluste:

- Konservative 103 Gewinne (keine Verluste)
- Nationale Sozialisten 5 Gewinne (keine Verluste)
- Liberale (einschließlich Simon-Liberale) 13 Gewinne, 2 Verluste
- Unabhängige 1 Gewinn, 2 Verluste
- Oppositionelle Sozialisten 118 Verluste.

Die beispiellose politische Umwälzung.

Die die Folge der gestrigen Wahlen sein wird, hat die politische Krise sehr überrascht. Die Freunde der Konservativen ist nur durch die bittere Enttäuschung der Arbeiterparteiliche überboten. Es ist möglich, daß sie weniger als 100 Sitze erhält. Es fehlen jetzt den Konservativen nur noch 90 Sitze, um die Mehrheit über alle anderen Parteien zu erlangen. Wahrscheinlich werden sie mehr als 400 Sitze bekommen, was ihnen eine Mehrheit von 183 Stimmen verschaffen würde. Die Nationalregierung würde dann über eine überwältigende Mehrheit verfügen. Die Regierungsbilder frohlocken und suchen mit Begeisterung die Ergebnisse, die sie als den Sieg einer ehrlichen und gesunden Regierung feiern.

Der Eindruck des Ergebnisses der englischen Wahlen in London.

London. (Funktspruch.) Die Tatsache, daß das gesamte „Arbeiterrumpfparlament“ durch die Neuwahlen von der parlamentarischen Bildfläche verschwunden ist, hat den allergrößten Eindruck gemacht.

Der radikale „Star“ schreibt: Labour ist bei den Wahlen übermächtig worden.

„Evening Standard“ bemerkt: Die bisherigen Ziffern zeigen bereits, daß die Sozialisten in eine Drochse gepackt werden können.

„Evening News“ führt aus: Großbritannien hat in unmißverständlicher Weise bewiesen, daß es den Sozialismus durchschaut hat und nichts mehr mit ihm zu tun haben will.

Die Berichte aus den Wahlkreisen selbst und eine sorgfältige Analyse der Wahlfreie, deren Ergebnisse heute mitgeteilt werden, zeigen, daß eine ausgedehnte Möglichkeit besteht, daß bis heute abend die gewählten Kandidaten der nationalen Regierung auf etwa 590 gestiegen sein werden, was der Regierung die riesige Mehrheit von etwa 450 geben würde, eine Reformmehrheit in der britischen Politik. Die größte Mehrheit, die bisher eine britische Regierung hatte, betrug 870, die die liberale Regierung vom Jahre 1882 vor fast 100 Jahren besaß. Die Konservativen allein werden diesmal möglicherweise fast 450 Mitglieder im Unterhaus haben, was ihnen eine eigene Mehrheit von etwa 300 über all die übrigen Parteien zusammen geben würde. Nur in den Bergwerksteilen des Nordens, deren Ergebnisse heute noch mitgeteilt werden müssen, wird Labour, wie man erwartet, seinen Stand behaupten. Das Hauptinteresse konzentriert sich heute auf den Wahlkreis Seaham, wo, wie man glaubt, der Premierminister einen sehr schweren Stand gehabt hat. Obgleich es sich hier um einen Bergwerkswahlkreis handelt, läßt die bisherige überwältigende Abstimmung zugunsten der nationalen Regierung und insbesondere der große Sieg des Kollegen MacDonald, darauf schließen, daß der Premierminister gewählt werden wird.

Der erste Eindruck der englischen Wahlen in Amerika.

New York. (Funktspruch.) Die Wähler geben den englischen Wahlergebnissen, die hier einen starken Eindruck machen, großen Raum, und erblicken hiervon weitere Fortschritte für eine wirtschaftlich-finanzielle Stabilisierung, obwohl die Berichte aus Washingtoner politischen Kreisen Befürchtungen für den amerikanischen Außenhandel infolge der erwarteten englischen Zollerhöhungen melden.